

BUND NATURSCHUTZ WARNT VOR GEFAHREN DER ATOMAREN ZWISCHENLAGERUNG IN BAYERN

STUDIE DES BUND ZEIGT AUF: LAGERUNG VON ATOMMÜLL IN BAYERN IST NICHT SICHER GEGEN FLUGZEUGABSTURZ ODER TERRORANGRIFFE

Castoren mit hochradioaktivem Atommüll lagern in den atomaren Zwischenlagern in Bayern an den Standorten Isar bei Landshut, Gundremmingen zwischen Günzburg und Dillingen an der Donau, und Grafenrheinfeld bei Schweinfurt. Eine nachhaltige und gesellschaftlich akzeptierte Lösung für eine sogenannte Endlagerung ist nicht in Sicht, und wenn, dann erst wohl weit in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts – trotz vielfältiger Bemühungen von Politik und Zivilgesellschaft. Mit dem beschlossenen Atomausstieg von 2011 wird leider erst in 2021 der Atomreaktor C in Gundremmingen und erst in 2022 der Atomreaktor Isar 2 aus dem elektrischen Leistungsbetrieb genommen, obwohl eine sofortige Abschaltung möglich und auch erforderlich wäre. Aber – die immensen Gefahren der atomaren Zwischenlagerung in Bayern bleiben noch lange bestehen. Eine Studie des BUND e.V. zeigt auf, dass die derzeitigen atomaren Zwischenlager nicht sicher sind gegen Flugzeugabsturz oder terroristische Anschläge. Das Problem: Die Bayerische Staatsregierung scheint unwillig, deren Sicherheit real und technisch zu verbessern. Hier setzt die Kritik des BUND Naturschutz in Bayern, e.V. an: Sicherheit entsteht eben nicht durch formale Genehmigungen sondern vor allem auch durch technische Maßnahmen – und hier fehlt es am Willen der Bayerischen Staatsregierung.

„Die Bayerische Staatsregierung hatte an uns herangetragen, dass mit der Wiederaufbereitung des Atommülls ein Konzept vorläge um diesen zu reduzieren. Wir müssen nun feststellen, der Atommüll kommt - in anderer Form - zurück.“

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Landshut, 30. Januar 2018

PM 011-18/LFG

Energie

Ministerpräsident Horst Seehofer führt Geheimgespräche mit der Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und sagt zu, Atommüll aus der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield nach Landshut zurückzunehmen. Ja - Bayern muss sich seiner Verantwortung für den in Bayern produzierten Atommüll stellen. Aber Castoren mit hochradioaktiven Glaskokillen haben bis heute keine Genehmigung für das atomare Zwischenlager in Ohu. Wir fordern ein neues öffentliches Genehmigungsverfahren, das die im Raum stehenden Fragen transparent klärt“, so **Kathy Mühlebach-Sturm**, Vorsitzende der Kreisgruppe Landshut des BUND Naturschutz in Bayern e.V. und Mitglied im Landesvorstand.

„In den atomaren Zwischenlagern in Bayern lagern gigantische Mengen an radioaktivem Material, am Standort Isar z.B. die zig-fache Menge dessen, was bei der atomaren Katastrophe von Tschernobyl in 1986 freigesetzt wurde. Die traurige Realität ist, dass wir zwar in einem zweiten Anlauf in 2011 den Atomausstieg politisch errungen haben und als letztes Atomkraftwerk Ende 2022 der Reaktor Isar 2 aus dem elektrischen Leistungsbetrieb genommen wird, aber dass bis dahin eine weitere gigantische Menge radioaktiver Materialien produziert wird. Dieser hochradioaktive Atommüll wird weit über die genehmigte Zeit hinaus vor Ort bleiben und wir haben gute Gründe an der Sicherheit der atomaren Zwischenlager über so einen langen Zeitraum zu zweifeln!“ kritisiert **Edo Günther**, Sprecher des Bundesarbeitskreises Atomenergie und Strahlenschutz im BUND e.V. und Vorsitzender der Kreisgruppe Schweinfurt des BUND Naturschutz in Bayern e.V.

„Die atomaren Zwischenlager wurden nach dem ersten Atomausstiegsbeschluss ab 2000 gebaut. Trotz Klagen des BUND konnte dies nicht verhindert werden! Die tödliche atomare Gefahr wird Jahrzehnte länger vor unserer Haustür verbleiben als damals bei der Genehmigung vorgesehen. Eine aktuelle Studie des BUND e.V. zeigt nun auf, dass es bereits heute erschreckende Sicherungslücken gibt. Der Standort Isar bei Landshut beispielweise liegt in der Einflugschneise zum Großflughafen München. Die derzeitige Form der Lagerung, deren Genehmigung in 2046 ausläuft, schützt uns weder ausreichend vor einem Flugzeugabsturz noch vor Terrorangriffen. Auf der Basis unserer Studie fordern wir daher die Bayerische Staatsregierung auf, ein neues Konzept für Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherung vor Ort zu entwickeln“, so **Günther** weiter.

Wie die Bundesregierung und der Freistaat Bayern mit dem Atommüll umgehen, erzeugt wenig Vertrauen in die Zusage eines neuen, transparenten und partizipativen Suchvorgangs für ein Atommüll-Endlager. Glaubhaft wäre, wenn sich die

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Landshut, 30. Januar 2018
PM 011-18/LFG
Energie

betroffenen Bürgerinnen und Bürger vor Ort bei laufenden Verfahren und Problemen auf Transparenz und Mitbestimmungsrechte verlassen könnten! Die oberirdischen Lager haben Sicherheitsdefizite und werden deutlich länger in Betrieb sein als ursprünglich genehmigt. Eine Strategie für die erforderlichen, periodischen Sicherheitsprüfungen ist nicht vorhanden. Das bringt neue Risiken mit sich. Diese Risiken werden von der Bayerischen Landesregierung vollständig ignoriert. Eine öffentliche Debatte über diese wachsenden Risiken findet in Bayern nicht statt. Stattdessen wird sie verhindert und die Probleme werden verheimlicht. Bereits im kommenden Jahr wird die Zwischenlagerung vollständig in die staatliche Verantwortung übertragen.

„Laut Richtlinie 2011/70/Euratom des Rates „über einen Gemeinschaftsrahmen für die verantwortungsvolle und sichere Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle“ sind die Mitglieder der Europäischen Union verpflichtet, nationale Programme für die Entsorgung ihrer abgebrannten Brennelemente und radioaktiven Abfälle zu erstellen. Diese Programme müssen alle Stufen der Entsorgung umfassen. Ziel ist die sichere und verantwortungsvolle Entsorgung zum Schutz von Arbeitskräften und Bevölkerung vor ionisierender Strahlung. Künftigen Generationen sollen keine unangemessenen Lasten aufgebürdet werden. Um eine ausreichende Sicherheit zu gewährleisten, muss das deutsche Zwischenlagerkonzept neu bewertet werden. In der BUND-Studie werden die existierenden Probleme der Zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen und hochradioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung diskutiert, vor allem auch die notwendige Verlängerung der Zwischenlagerung und die aus der Verlängerung resultierenden Gefahren. Beunruhigend ist zudem der unzureichende Schutz gegen potenzielle Terroranschläge“, erläutert **Oda Becker**, Diplom Physikerin, Autorin der Sicherheitsstudie des BUND e.V.

Der BUND Naturschutz in Bayern, e.V. fordert, dass die Menschen an den Zwischenlager-Standorten in Landshut, in Günzburg und Dillingen und in Schweinfurt an einem breiten öffentlichen Prozess, wie es mit den Zwischenlagern weitergehen soll und welche Nachrüstungen zur Sicherheit von Mensch und Natur zwingend erforderlich sind, beteiligt werden.

Link zur Studie des BUND e.V.

<https://www.bund-naturschutz.de/energie/atompolitik.html>

Für Rückfragen:

Dr. Herbert Barthel,
Referat Energie und Klimaschutz
mobil: 0151-5048 9963

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Landshut, 30. Januar 2018
PM 011-18/LFG
Energie